

Hamburg, den 29. Oktober 2016

Pressemitteilung

Rahlstedt: Senat hebt erneut Bürgerrechte aus Bezirksamt Wandsbek erklärt Bürgerbegehren für unzulässig

An der Landesgrenze zwischen Großlohe und Stapelfeld plant der rot-grüne Senat zusammen mit einem privaten Investor ein weiteres Gewerbegebiet. Die Flächen auf Hamburger Seite umfassen 265.000 qm (26,5 ha) und liegen vollständig in einem Landschaftsschutzgebiet. Hinzukommen 130.000 qm (13 ha.) in der Gemeinde Stapelfeld (Kreis Stormarn).

Am 21.10.2016 hatte die lokale Bürgerinitiative das Bürgerbegehren „Kein Rahlstedt 131“ – nach dem Namen des Bebauungsplanverfahrens - beim Bezirksamt Wandsbek eingereicht. Jetzt kommt die schriftliche Nachricht, dass das Bürgerbegehren unzulässig sei. Der Senat habe das Verfahren an sich gezogen und dem Bezirk eine Weisung erteilt, das Bebauungsplanverfahren mit dem Ziel einer gewerblichen Ausweisung zügig durchzuführen. Damit wird auch der Bezirksversammlung Wandsbek das Entscheidungsrecht entzogen.

Dazu Jörn Napp, Vertrauensperson des Bürgerbegehrens: *„ Mit dieser Entscheidung hebt der rot-grüne Senat die Mitspracherechte des Bezirks und der Bürgerinnen und Bürger massiv aus. Es kann nicht sein, dass der Senat der Bezirksversammlung Wandsbek, immerhin der Vertretung von über 400.000 Einwohnern, die Entscheidung entzieht. Wir werden den Bescheid prüfen und evtl. Widerspruch einlegen. Bürgerrechte und Bürgerbeteiligung müssen auch von diesem Senat ernst genommen werden.“*

Die Fragestellung für das Bürgerbegehren lautet: „Sind Sie für den Erhalt der Grünflächen und der gewachsenen Kulturlandschaft zwischen Rahlstedt und Stapelfeld und gegen das Bebauungsplan-Verfahren Rahlstedt 131 mit dem geplanten Gewerbegebiet?“

Gegen das geplante Gewerbegebiet gibt es seit dem Frühjahr d.J. in Rahlstedt und insbesondere in Großlohe erheblichen Widerstand.

Im Sommer konnten Mitglieder der Bürgerinitiative innerhalb von 3 Monaten knapp 1.900 Unterschriften gegen das Gewerbegebiet sammeln, davon 1.500 aus Hamburg, überwiegend aus Rahlstedt. Aber auch aus Stapelfeld, Braak und umliegenden Orten gab es Unterstützung.

Die Bürgerinitiative befürchtet weitere Aufkäufe für Gewerbeansiedlungen. Wolfgang Trede, Sprecher der Initiative hatte die Parteien in der Bezirksversammlung Wandsbek am 15.09. d.J.in ihrer Sitzung gefragt, ob die Abgeordneten von geplanten, bereits umgesetzten oder aktuellen Aufkäufen von weiteren ca. 1.000 ha (10 Mio. qm) bis nach Barsbüttel wüssten. Die einsilbige Antwort war: Nein.

Die Bürgerinitiative wird weiter gegen das Gewerbegebiet und gegen die Zerstörung der Kulturlandschaft im Hamburger Osten kämpfen. Naturschutzverbände und politische Parteien haben ihre Unterstützung zugesagt.

Kontakt: Jörn Napp - Tel.: 0175- 58 25 443 – joern.napp@web.de